

«Alle Jahre wieder ...»

... kommen Negativschlagzeilen auf Liechtenstein nieder, obwohl Regierungschef Adrian Hasler es eigentlich anders gemeint hat. Ein politisches Déjà-vu.



Günther Fritz
Parteipräsident

Wer an die «NZZ am Sonntag»-Schlagzeile «Liechtenstein denunziert die Schweiz bei der EU» denkt, kann nur den Kopf schütteln. Der Schock sitzt tief, da sogar das Finanzdepartement in Bern den Vorwurf, Liechtenstein habe die Schweiz bei der EU angeschwärzt, bestätigt hatte. So hiess es aus dem Finanzdepartement, man beurteile es «als willkürlich, aufgrund einer solchen Intervention Liechtensteins über Nacht auf eine derartige graue Liste gesetzt zu werden». Die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner legen grossen Wert auf eine gute und freundschaftliche Beziehung zur Schweiz. Sie wollen auf keinen Fall als «Denunzianten» dastehen.

Es war nicht seine Absicht

Deshalb musste Regierungschef Adrian Hasler möglichst rasch alles versuchen, um die Ehre der liechtensteinischen Bevölkerung wiederherzustellen. So wies er in einem in mehreren Zeitungen erschienenen Interview den Vorwurf zurück, einen guten Freund angeschwärzt zu haben: «Es war weder unser Vorschlag noch unsere Absicht, dass die Schweiz auf eine graue Liste gesetzt wird.» Dass der Regierungschef und seine mit der Agenda betrauten Diplomaten in Brüssel intervenieren mussten, ist

selbstverständlich. Ob dies jedoch mit dem notwendigen diplomatischen Geschick passierte, darf mit ein paar Fragezeichen versehen werden.

Andere sind schuld

Blenden wir zurück. Am 26. Oktober 2016 meldete die «Handelszeitung»: «Liechtenstein will den AIA mit der Schweiz vermeiden.» In einem Kommentar mit dem Titel «Und täglich grüsst das Murmeltier» hiess es: «Die Geschichte wiederholt sich als Farce: Da kramt das Fürstentum doch tatsächlich die Abgeltungssteuer hervor und will sie der Schweiz als Alternative schmackhaft machen.»

Grundlage dieser Geschichte waren Aussagen von offizieller Liechtensteiner Seite, die bis dahin jedoch nichts über den Verhandlungsstand preisgeben wollte, solange die sensiblen Verhandlungen nicht abgeschlossen sind. Vom damals aufkommenden Unmut der Finanzplatzakteure über diese «Kommunikationspanne» versuchte Regierungschef Adrian Hasler dann mit einer Schuldzuweisung abzulenken: Es sei die Berichterstattung des «Vaterlands» gewesen, die dem Finanzplatz schade.

Dies war allerdings nicht die erste Bauchlandung im Bereich der Finanzplatzkommunikation. Im August 2016 sagte er in einem Interview mit der «Welt»: «Wenn Stiftungen genutzt werden, um Steuerschlupflöcher zu nutzen, sehe ich darin kein Problem, solange es legal ist.» Der Regie-

rungschef ruderte zwar später zurück, die Schlagzeilen waren aber gemacht: «Liechtenstein will Steuerschlupflöcher offenhalten.»

Wünsche ans Christkind

Erinnerungen werden zugleich an den besonderen Wunsch des Regierungschefs ans Christkind im Zusammenhang mit dem OKP-Debakel im Dezember 2016 wach. Er habe sich vom Christkind nicht eine neue Ärztekammer-Präsidentin gewünscht, wie er falsch zitiert worden sei, sondern er habe gesagt: «Christkind, schenke uns eine Präsidentin der Ärztekammer, die mit der Regierung spricht.»

Weiter sorgte auch seine Aussage im Juni-Landtag, dass Malbun für einen Skitag der Landesverwaltung zu wenig attraktiv sei, vor allem im Berggebiet für rote Köpfe. Dafür darf sich Bürgermeister Ewald Ospelt nach dem verlorenen Rechtsstreit vor dem Verwaltungsgerichtshof in Sachen Kompetenzen des Bürgermeisters bei den Arbeitsvergaben wenigstens darüber freuen, dass für den Regierungschef der bisher schönste Weihnachtsbaum eindeutig der letztjährige der Gemeinde Vaduz war.

Im Zuge des geschilderten Déjà-vu darf sich der Regierungschef jedenfalls nicht wundern, wenn sich manch einer im Landesinteresse nun vom Christkind wünscht, es möge den Regierungschef endlich mit der Gnade des geschickten, staatsmännischen Kommunizierens segnen.

Adventsfeiern der Ortsgruppen



Gemütliches Beisammensein im «La Piazza» anlässlich der Adventsfeier am Weihnachtsstand der Ortsgruppe Schaan (v. l.): Simon Biedermann, Daniel Risch, Christoph Wenaweser und Caroline Riegler-Rüdisser. Foto: Hildegard Hasler



Adventsfeier der Ortsgruppe Schaan vom 7. Dezember (v. l.): Vorsteher Daniel Hilti, Caroline Vetter, Bettina Fuchs und Mirianda Frick. Foto: Hildegard Hasler



Die Ortsgruppe Vaduz führte am 8. Dezember eine stimmungsvolle Adventsfeier für alle Altersgruppen im Restaurant Mühle in Vaduz durch. Foto: Rudi Schachenhofer



Vaterländische Union

32. NEUJAHRSTREFFEN 2018

VU gestern, heute und morgen

Samstag, 6. Januar 2018, Vaduzer Saal
16:30 Uhr: Apéro und Saalöffnung
17:00 Uhr: Beginn der Veranstaltung

www.vu-online.li

Jubiläumsfeier:
Vor 100 Jahren
gründete Wilhelm Beck
die Christlich-soziale
Volkspartei



PROGRAMM



Begrüssung
Günther Fritz, Parteipräsident



Gestern
Referat von Dr. Rupert Quaderer, Historiker: «Es geht ein demokratischer Zug durch die Welt» – Die Gründung der Christlich-sozialen Volkspartei im Lichte des damaligen Umfelds (1918–1922)



Heute und morgen
Referat von MMag. Dr. Kathrin Stainer-Hämmerle, FH-Professorin für Politikwissenschaft, FH Kärnten: «Wozu braucht es noch Parteien?»



Morgen
Schlusswort von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Daniel Risch: «Die Zukunft der VU»



Musikalische Umrahmung
Suzie Candell und Beth Wimmer

Festwirtschaft mit Verpflegungsmöglichkeiten

